



Gemeinsam gegen Rassismus im Kreis Soest

■ „Das sind doch Sozialschmarotzer“

Zuwanderung belastet die Sozialsysteme Deutschlands weniger, als Deutschland davon profitiert. Laut einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung sorgten die 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass in den vergangenen Jahren im Mittel für einen Überschuss von 22 Milliarden Euro jährlich in Deutschland. Das sind pro Mensch 3.300€ mehr Steuern und Sozialabgaben, als er oder sie an staatlichen Leistungen erhält.

■ „Rund um Flüchtlings- heime steigt die Kriminalität“

Weder sind Menschen mit nicht-deutscher Herkunft krimineller als Deutsche, noch steigt die Kriminalität um Flüchtlingsunterkünften. Wer so etwas behauptet, muss es belegen können. Es handelt sich um ein Vorurteil, das durch Polizei-Statistiken nicht belegt werden kann. Gesetze werden in gewissem Maße in allen Gesellschaftsschichten gebrochen. Der rechte Terror durch Brandstiftungen, Volksverhetzungen und Überfällen ist hingegen 2015 stark angestiegen und extrem menschenverachtend.

■ „Flüchtlinge bekommen mehr Geld als Hartz-IV- Empfänger“

Das ist falsch. Asylbewerber bekommen Unterkunft, Essen und ein kleines Taschengeld. Die Summe dieser Leistungen beträgt zwischen 287 und 359 Euro pro Monat. Das „menschenwürdige Existenzminimum“, nach dem der Hartz-IV-Satz festgelegt ist, liegt aktuell bei 404 Euro pro Monat. In 2016 sollen die Leistungen für Asylbewerber weiter herab gesetzt werden.

■ „Europa nimmt die meisten Flüchtlinge auf“

Aus Syrien sind über 4 Millionen Menschen geflohen. Die meisten davon wurden in den unmittelbaren Nachbarstaaten aufgenommen. Im Libanon, der Türkei, Jordanien und im Irak befinden sich 94 Prozent der syrischen Flüchtlinge. Nur 6 Prozent sind nach Europa gekommen. Viele Flüchtlinge wollen oder können gar nicht nach Deutschland – sie hoffen darauf bald wieder in ihrer Heimat leben zu können.

■ „Die meisten Flüchtlinge sind Wirtschaftsflüchtlinge“

Wegen besserer Aussicht auf Job und Verdienst umzuziehen, ist zunächst ganz natürlich und wird hierzulande vom hiesigen Arbeitsmarkt sogar erwartet. Gemäß dem Asylverfahrensgesetz müssen Asylsuchende allerdings belegen, dass sie u.a. wegen Religion, Nationalität, politischer Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe Verfolgung in ihrem Heimatland fürchten müssen.

■ „Wir müssen uns lieber um unsere eigenen Armen kümmern“

Das soziale Existenzminimum ist seit Jahren Gegenstand politischer Konflikte zwischen Sozialverbänden, Oppositionsparteien und der Regierung. Der Konflikt ist Ausdruck einer ungerechten Sozialpolitik und einer seit Jahrzehnten krasser werdenden Umverteilung von Arm zu Reich. Das war auch ohne Flüchtlinge so. Kämen weniger Flüchtlinge nach Deutschland, bekämen sozial Benachteiligte in Deutschland keinen Cent mehr. Das Problem der Armen ist die ungleiche Verteilung des Wohlstands: Das reichste Prozent der Deutschen besitzt 33 % des gesamten Privatvermögens.

■ „Alles bloß Vergewaltiger“

Seit der Neujahrsnacht, wo es in Köln zu Übergriffen unter anderem durch Flüchtlinge kam, sind viele Menschen besorgt. Die dortigen Ereignisse müssen aufgearbeitet und die Täter bestraft werden. Sexuelle Gewalt muss bekämpft werden, aber unabhängig von der Herkunft der Täter – sondern mit Blick auf die Opfer. Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt sollten uns immer beschäftigen – egal ob Sie in der Ehe, dem Oktoberfest oder an Silvester stattfinden. Bevor jetzt pauschal alle männlichen Flüchtlinge verdächtigt und das Asylrecht verschärft wird – sollte über bessere Schutzmaßnahmen für Betroffene nachgedacht werden und Lücken im Sexualstrafrecht geschlossen werden. Es muss Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsarbeit geleistet werden. Die Polizei muss geschult werden – bis heute ist unklar warum Sie in Köln nicht hart gegen die Täter einschritt. Sexuelle Gewalt muss von uns allen als Problem begriffen werden und wir müssen dagegen einschreiten, wenn wir etwas mitbekommen – egal wer der Täter ist.

■ „Ausländer nehmen deutschen Arbeitslosen die Jobs weg“

Flüchtlinge haben einen „nachrangigen Arbeitsmarkt-Zugang“. Sie müssen mindestens drei Monate auf eine Arbeitserlaubnis warten. Danach wird geprüft, ob ein Deutscher oder ein anderer EU-Bürger für den Job in Frage kommt. Erst dann kann ein Flüchtling eine Arbeitserlaubnis erhalten. Diese Einschränkung wird erst nach 15 Monaten und nur für geduldete Flüchtlinge aufgehoben. Solange Flüchtlinge nicht arbeiten dürfen, können sie auch keine Steuern und Sozialabgaben zahlen.

Du möchtest dich auch gegen fremdenfeindliche Vorurteile einsetzen? Mach mit beim Bündnis gegen Rassismus Kreis Soest: Überparteilich gehen wir gegen Rassismus und Sexismus vor. Dazu organisieren wir Vorträge, Demonstrationen und Infostände. Mehr dazu unter: www.facebook.com/bgrsoest

■ „Die haben alle teure Handys“

Die meisten Flüchtlinge haben nicht das neueste Handy, wie stets behauptet, sondern irgendeins. Smartphones, die zwei Jahre alt sind, gelten hierzulande als nicht mehr up to date, obwohl sie völlig in Ordnung und voll funktionsfähig sind und sind oft für einen Spottpreis erhältlich. Das Internet ist für alle Flüchtlinge die einzige Möglichkeit, mit ihren Familien in ihrer Heimat zu kommunizieren. Wenn du aus deiner Heimat geflohen bist, allein in einem fremden Land, dessen Sprache du nicht oder kaum verstehst und wo du niemanden kennst, was würdest du dir als erstes besorgen oder mitbringen? Dazu kommt, dass ein Flüchtling nicht arm sein muss. Gerade aus Syrien fliehen auch hochqualifizierte Arbeitskräfte: Reichtum macht nicht kugelsicher.

■ „Wegen Flüchtlingen ist in den Kommunen kein Geld mehr für Schulen und Kindergärten da“

Die kommunalen Haushalte waren bereits klamm, bevor die aktuelle Flüchtlingswelle begann. Damals hat dies aber kaum Empörung ausgelöst. Seitdem mehr Flüchtlinge in unser Land kommen, hat sich dieses Problem nicht verändert. Flüchtlinge haben keine Schuld an mangelnder Finanzausstattung der Kommunen, sondern eine seit Jahrzehnten bestehende asoziale Umverteilung von Arm nach Reich. Soziale Probleme dürfen nicht gegeneinander aufgewogen werden, sondern müssen von einer vernünftigen Gesellschaft zielgerichtet beseitigt werden. Der Bund zahlt mittlerweile an die Kommunen für jeden aufgenommenen Flüchtling eine Pauschale – in Zukunft sollte der Haushalt der Kommunen daher wieder ausgeglichen sein. Dazu kommt, dass die meisten Flüchtlinge ungern von unserer staatlichen Hilfe leben – viele sind der Arbeit fähig und würden auch gerne arbeiten, das deutsche Recht verbietet es aber. Die bei uns hausgemachten sozialen Probleme auf den Rücken von Flüchtlingen austragen zu wollen, ist daher weder sachgemäß noch menschlich – sie selbst sind auch Opfer dieser Politik.

■ „Terroristen kommen mit ins Land“

Stell dir vor, alle - auch du - werden unter Generalverdacht gestellt, weil in deinem Ort ein Verbrechen begangen wurde. So werden zurzeit von einigen Mitbürgern alle Flüchtlinge als potentielle Terroristen abgestempelt. Es ist nicht gänzlich auszuschließen, dass sich tatsächlich Terroristen unter den Flüchtlingen befinden. Doch sollte man dem „Islamischen Staat“ (IS) in die Hände spielen und für einen Terroristen Hunderttausende ihrem Schicksal überlassen? Damit würden wir die Menschen in den Tod treiben und dem „Islamischen Staat“ auch noch helfen. Terroristischen Bestrebungen durch IS-Mitglieder, welche sich als Flüchtlinge tarnen, sollten hingegen mit Kontrollen begegnet werden.

■ „Die Zuwanderung gefährdet abendländische Werte“

Viele, die das behaupten, haben selbst keine Vorstellung, was diese „abendländischen Werte“ überhaupt sein sollen. Unsere „abendländischen Werte“ bestehen unter anderem aus der freien Ausübung von Religion. Das ist im deutschen Grundgesetz aus gutem Grund und dankenswerterweise so verankert. Beschränkten wir uns auf die Präferenz einer bestimmten Religion oder würden wir gar Religionszwang ausüben, würden wir immer bestimmte Gruppen aus dem gesellschaftlichen Leben ausgrenzen. Die Flüchtlinge, die hierher kommen, sind teilweise vor genau solchen Zuständen geflohen. Viele Flüchtlinge sind übrigens Christen – welche als Ungläubige von den Schergen des IS verfolgt werden.

■ „Dann nimm doch einen Flüchtling bei dir zu Hause auf“

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist grundsätzlich staatliche Aufgabe, nicht private. Mit derselben Logik könnte man Privatpersonen auffordern, Autobahnen aus eigener Kraft instand zu setzen oder Lehrer in Schulen einzustellen. Dem Staat wurde von den Bürgern die Aufgabe übertragen für das Gemeinwohl zu sorgen.

■ „Es kommen nur junge Männer“

Tatsächlich kommen etwas mehr Männer als Frauen (Dennoch sind 55% der Flüchtlinge Frauen oder Kinder) – dies liegt an den Regelungen über den sog. Familiennachzug. Danach können anerkannte Flüchtlinge ihre Ehepartner und Kinder auf legalem Wege nachreisen lassen. Eine Möglichkeit für jene, die in einem Land leben, indem Krieg oder Terror herrscht, und es keine Möglichkeit zur Flucht gibt – abgesehen von Schlepperbanden, die massiv Geld verlangen um die Flucht mit einem mehrere tausend Kilometer langen Fußmarsch und der Überquerung eines Meeres in einem Schlauchboot zu wagen. Welches Familienmitglied, sollte diese Gefahren auf sich nehmen, um der Familie die Chance auf ein besseres Leben zu geben: Die kleine Tochter, die Frau, den Großvater, die Großmutter oder den jungen Sohn?

■ „Wir können nicht die ganze Welt aufnehmen“

Das tun wir auch nicht. Fast 60 Millionen Menschen sind weltweit aus unterschiedlichsten Gründen auf der Flucht. 86 Prozent dieser Menschen leben in oder stammen aus Entwicklungsländern. Nur ein Bruchteil dieser Flüchtlinge schafft es bis nach Europa. Asylrechtliche Gründe sind oftmals gar nicht dafür ausschlaggebend, wo ein Flüchtling „landet“. Europäische Regelungen, Schlepperwege, regionale Behörden und die Polizei bestimmen oftmals, wo der Weg eines Flüchtlings endet. Viele Flüchtlinge fliehen in Nachbarländer, weil Sie auf auf eine baldige Chance zur Rückkehr hoffen.

■ „Warum nehmen wir überhaupt Flüchtlinge auf?“

Weil Alle Menschen ein Recht auf körperliche Unversehrtheit haben – und mit gleichen Rechten geboren werden. Viele der Menschen die wir aufnehmen beschützen wir damit vor einem sicheren Todesurteil zum Beispiel durch die Verbrecher, welche sich selbst „Islamischer Staat“ nennen. Das Asylrecht ist daher im Grundgesetz in Artikel 16a festgeschrieben.



Flucht ist kein Verbrechen!



facebook.com/bgrsoest